



*Schule jenseits von staatlicher
Bevormundung und kommerzieller
Vereinnahmung*

Schule als Ort, an dem man gerne lernt und arbeitet

*Nur durch pädagogische Initiative von unten und weniger Regulierung von oben
ist das Bildungssystem in Deutschland zu reformieren*

Einleitung

„PISA“ hat Bewegung in das deutsche Schulwesen gebracht. Der Bund der Freien Waldorfschulen begrüßt das ausdrücklich, weil dadurch der Boden für eine umfassende Erneuerung des Schulwesens bereitet wird. Es stellt sich die Frage nach den Zielen, damit die vorhandenen Mittel effizient eingesetzt werden können.

Alle Schulgesetznovellen der letzten Jahre standen unter dem Diktat knapper Haushalte. Pädagogisch Notwendiges wurde oftmals als nicht finanzierbar deklariert und manch eine Sparmaßnahme als pädagogische Erneuerung verbrämt. Die Förderung pädagogischer Eigeninitiative wurde dadurch weiter ausgebremst.

Die konsolidierte Bilanz der Freien Waldorfschulen zeigt demgegenüber, dass vorhandene Finanzmittel wesentlich effizienter eingesetzt werden, wenn sie die einzelnen Schulen selbst verwalten können. Mit den gleichen Mitteln könnte weit mehr erreicht werden, wenn im Schulwesen das Subsidiaritätsprinzip eingeführt würde.

Der Armutsbericht der Bundesregierung, die Untersuchungen zur Integration von Migrant*innen und die Abhängigkeit der schulischen Laufbahn von der sozialen Herkunft der Kinder und Jugendlichen zeigen: Wir werden es in naher Zukunft mit sozialen Konflikten in einer neuen Dimension zu tun bekommen, die dringend erfordern, die Schulen selbst zu Innovationen zu ermutigen.



Partnerschaft von Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft

Es ist höchste Zeit, diese Entwicklung nachhaltig auf den Weg zu bringen.

Die Erfahrungen der Niederlande und Skandinaviens zeigen, dass die gleichberechtigte Partnerschaft von Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft zu einem produktiven Wettbewerb um pädagogische Ideen führt, von dessen Früchten alle Schulformen profitieren – vor allem aber die Kinder und Jugendlichen.

Dies setzt jedoch voraus, dass die Schulen in Freier Trägerschaft als „Partner auf Augenhöhe“ anerkannt und gefördert werden.

Die Waldorfschulen lehnen eine Kommerzialisierung des Schulwesens ebenso ab wie die in Deutschland noch immer geltende Benachteiligung der gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft. Sie fordern, dass die Schulgesetze auch einkommenschwachen Familien die Option eröffnen, ihre Kinder an eine Schule ihrer Wahl zu schicken. **Nur die gleichberechtigte Förderung von gemeinnützigen Schulen in freier und öffentlicher Trägerschaft kann verhindern, dass sich ein „Zwei-Klassen-System“ entwickelt.**

Schulqualität

Im Zentrum jeder Qualitätsoffensive sollte die Identifikation der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schülerinnen und Schüler mit „ihrer“ Schule stehen: Die vor Ort Handelnden müssen sich als Verantwortliche erleben und nicht als bloß Ausführende.

Für eine wirksame Reform des Schulwesens gilt daher:

- Die Überregulierung des deutschen Schulwesens muss konsequent abgebaut werden.
- Effiziente Neuerungen lassen sich nicht zentral verordnen. Vielmehr muss die Eigenverantwortung und pädagogische Initiative umfassend gefördert werden.
- Wir brauchen gesunde Schulen, in denen die Kinder und die Lehrer gerne lernen und arbeiten!



Drei Säulen für gute Schulen

Die sukzessive Umsetzung des nachfolgend „Drei Säulen“ genannten Modells kann die notwendige Erneuerung des deutschen Schulwesens substantiell befördern. Es trägt den gewachsenen Strukturen der Länder Rechnung und ist daher als evolutionäres Modell zu verstehen:

1. Säule: Qualitätsentwicklung

Qualität lässt sich nicht „von oben“ verordnen. Sie muss an jeder einzelnen Schule im Dialog der Verantwortungsträger entwickelt werden.

Ausgangspunkt sind die bisher für die jeweilige Schule geltenden Lehrpläne und Stundentafeln. Jede Schule trägt selbst die Verantwortung für deren Weiterentwicklung. Ein System schulübergreifender Qualitätsentwicklung stellt sicher, dass die Schulen sich inhaltlich und strukturell entwickeln. Es setzt sich seinerseits aus drei Elementen zusammen:

- **Lizenzierung der Schulen auf der Grundlage eines eigenständigen pädagogischen Konzepts.**
- **Regelmäßige Evaluation der lizenzierten Schulen nach einem anerkannten Verfahren eigener Wahl.**
- **Durchführung von Lizenzierung und Evaluation durch unabhängige, akkreditierte Einrichtungen (analog zum Hochschulwesen).**

2. Säule: Die Finanzierung der Schulen

Die staatliche und kommunale Finanzierung des Schulwesens bleibt unverzichtbar, um soziale Sonderung zu vermeiden.

Der freie Zugang zu den Schulen in öffentlicher oder freier Trägerschaft wird durch die Einführung eines Bildungsgutscheinsystems gewährleistet, das sich an den durchschnittlichen Schülerkosten orientiert. Schulen in sozial benachteiligten oder strukturschwachen Einzugsgebieten werden über einen Ausgleichsfond zusätzlich gefördert. Die einzelne Schule verfügt frei über ihre Mittel für Personal- und Sachausgaben.

Durch dieses Konzept wird die Wahlfreiheit der Eltern gestärkt und gleichzeitig der Wettbewerb der Schulen um Schüler gefördert.



3. Säule: Der rechtliche Status der Schulen

Alle Schulen, deren Verantwortungsträger (Kollegien, Eltern, Schulträger) einen entsprechenden Beschluss fassen, können rechtlich selbstständig werden, sofern die Trägerschaft gemeinwohlorientiert ist (Stiftung, Körperschaft öffentlichen Rechts, gemeinnütziger Verein, gGmbH u.a.). Damit gehen die Entwicklung eigener pädagogischer Profile, die Budgethoheit sowie die personellen Entscheidungen in die Verantwortung der Schulen über.

Fazit:

Die hier kurz skizzierten „**Drei Säulen**“ gehen von der Voraussetzung aus, dass das öffentliche Leben in der Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger steht und nicht das exklusive Hoheitsgebiet staatlicher Institutionen ist.

Die Rechtsaufsicht des Staates verpflichtet ihn, die Schulen aller Trägerschaften gleichberechtigt an der öffentlichen Aufgabe ›Bildung‹ teilhaben zu lassen und nicht – wie heute noch üblich – den nicht-staatlichen Schulen finanzielle Bürden aufzuladen, die ihren Betrieb nur durch unverhältnismäßig große Opfer der Beteiligten ermöglicht.

Ein solches Umdenken kann einen bedeutenden Qualitätsschub im deutschen Schulwesen bewirken, weil es die Kooperation der verantwortlich Handelnden an die Stelle zentralistischer Strukturen setzt.



Anhang:

Pädagogisch sinnvolle Mindeststandards.

Längst sind die nationalen Bildungsstandards zum heimlichen Lehrplan geworden. An die Stelle pädagogischer Entwicklungsprozesse ist ein aus der Warenproduktion auf die Schule übertragener Ökonomiebegriff getreten: Unter dem Schlagwort „Output-Orientierung“ werden nicht persönlich errungene Fähigkeiten gefördert, sondern die Anpassung an einen vorgegeben Inhaltskanon.

Die Waldorfschulen fordern daher, dass die zentralen Bildungsstandards neu gefasst werden: An die Stelle der nivellierenden Regelstandards sollen Kompetenzbeschreibungen und pädagogisch sinnvolle Mindeststandards treten.

Verbesserte Lehrerbildung

Es bedarf dringend einer Neuausrichtung der Lehrerbildung: Pädagogische Fähigkeiten müssen erübt werden, was künstlerische, sportliche und praktische Aktivitäten während des Studiums einschließt. Die Schulen müssen in lernende Organisationen umgewandelt werden, was nur durch selbstverantwortlich Handelnde in jeder einzelnen Schule möglich wird. Die Schulgesetzgebung ist heute noch in weiten Teilen vom Misstrauen in die Selbstorganisation des Bildungswesens geprägt. Das widerspricht vollständig den Erfahrungen der skandinavischen Länder und der Niederlande, deren Schulen ein hohes Maß an Autonomie genießen.

Wir brauchen einen Bildungsbegriff, der die Schule als einen pädagogischen Ort beschützt, in dem – jenseits vordergründiger und einseitiger Zweckbestimmungen – die Entwicklung individueller und sozialer Fähigkeiten der Kinder auf ihrem Weg zu mündigen und verantwortungsbewussten Menschen im Vordergrund steht!

Wir brauchen gesunde Schulen, in die Schüler und Lehrer wieder gerne gehen, um zu lernen und zu arbeiten!

Henning Kullak-Ublick